

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses Volkswerft

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 08.01.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 19:15 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Sebastian Lange

stellv. Vorsitzende/r

Herr Torsten Grundke

bis 18:00 Uhr

Herr Michael Philippen

Mitglieder

Herr Frank Fanter

Frau Kerstin Friesenhahn

Herr Heiko Werner

Vertreter

Herr Dirk Fritzsche

Herr Jörg Schulz

Herr Klaus Winter

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Herr Peter Fürst

Frau Anne Pilgrim

Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Gäste

Herr Tebbe-Simmendinger

Herr Dr. Kühmstedt

Herr Hiertz

Herr Lembke

Herr Prenzlau

Diverse weitere Gäste

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses Volkswerft am 20.11.2024
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Aktueller Stand Ansiedlungen
 - 4.2** Werksfeuerwehr - Diskussion mit Anhörung der Betroffenen
 - 4.3** Strela Shiprepair GmbH - Aktueller Sachstand der Unternehmensentwicklung und Zukunftsperspektiven
 - 4.4** Ostseestahl GmbH & Co. KG - Aktueller Sachstand der Unternehmensentwicklung und Zukunftsperspektiven
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Volkswerft sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Sebastian Lange, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses Volkswerft am 20.11.2024

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses Volkswerft wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Aktueller Stand Ansiedlungen

Herr Dr. Raith geht auf die zwei Beschlussvorlagen ein, welche in der kommenden Woche im Finanz- und Vergabeausschuss behandelt und möglichst Ende des Monats in der Bürgerschaftssitzung beschlossen werden sollen.

Herr Dr. Raith ist erfreut mitteilen zu können, dass das Unternehmen EEW-Group plant, sich in der Hansestadt Stralsund anzusiedeln. Das Unternehmen hat sich auf die Produktion von Rohren spezialisiert. Vor ein paar Jahren wurde ein neues Geschäftsfeld aufgemacht, die Monopiles. Dies sind die Ständer bzw. die Fundamente der Offshore Windkraftanlagen, welche in den Meeresboden gerammt werden und mit der Windenergieanlage verbunden sind. Die Rohre haben einen Durchmesser von bis zu 10 Meter, eine Länge bis zu 100 Meter und wiegen ca. 1600 Tonnen.

Laut Herrn Dr. Raith sind die Gespräche sehr präzise. Es wird davon ausgegangen, dass in diesem Monat eine Reservierungsbestätigung unterschrieben wird, für welche bereits Entwürfe vorliegen. Das Land M-V ist bereits einbezogen, dies ist für den weiteren Fortgang von Wichtigkeit. Herr Dr. Raith hofft, dass im ersten Drittel des Jahres 2025 die ersten Erfolge zu verzeichnen sind und die Hansestadt Stralsund zu einem positiven Abschluss mit der EEW-Group kommt.

Für das Jahr 2025 ist die Planung vorgesehen, welche in den Jahren 2026 und 2027 in die Umsetzung kommt. Es sind laut Herrn Dr. Raith erhebliche Vorarbeiten zu leisten, daher steht dies unter erheblichen Zeitdruck. Es werden seitens des Unternehmens EEW Ertüchtigungen des Standorts vorausgesetzt. EEW würde in der Hansestadt Stralsund, in Verbindung mit dem Werk in Rostock, eine Produktion von Monopiles aufbauen. Er merkt an, dass die Monopiles in der nächsten Generation noch größer werden.

Durch die Ansiedlung könnten in der Hansestadt Stralsund um die 500 Arbeitsplätze entstehen.

Herr Dr. Raith betont, dass dies für die Hansestadt Stralsund eine Großansiedlung wäre. Der Platzbedarf ist entsprechend beträchtlich. Diesbezüglich werden aktuell intensive Verhandlungen geführt. Es werden nicht nur freie Flächen auf dem Maritimen Industrie- und Gewerbepark benötigt, sondern auch auf der Helling, Dockgrube, das Spülfeld im Bereich des angrenzenden Gewerbeparks Franzenshöhe und einzelne Flächen in Richtung Seehafen.

Herr Dr. Raith merkt an, dass noch im letzten Jahr ein Förderantrag beim Wirtschaftsministerium M-V gestellt wurde, welcher verschiedene Bausteine umfasst. Unter anderem enthält dieser die Sanierung der südlichen Helling und des Zuckergrabens. Neue Schwerlastflächen müssen aufgebaut werden, unter anderem an der Kaikante. Die Verwaltung ist dazu angehalten, zuzusichern, dass erste Schritte hinsichtlich der Sanierungen bis 2026 erfolgen.

Laut Herrn Dr. Raith wird das Unternehmen einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag in den Standort Stralsund investieren.

Die zwei Beschlussvorlagen welche aktuell im Umlauf sind, sind dafür da, dass die Mittel im Haushalt eingestellt werden und dass die Verwaltung bereits vor Bewilligung des Förderantrages die Planungsleistungen ausschreiben kann. Zunächst ist beabsichtigt, die Leistungsphasen 1 bis 2 sowie Fachgutachten zu vergeben.

Das Volumen der zu vergebenden Leistungen wäre mit 2 Mio. EUR abgedeckt, wobei Herr Dr. Raith anmerkt, dass die Planungskosten von ca. 4 Mio. EUR zu 75 % förderfähig sind und sich EEW voraussichtlich mit 500.000 EUR beteiligen wird. Damit würden von den bereitgestellten 2 Mio. EUR nur 500.000 EUR – 700.000 EUR verwendet. Die Bereitstellung der 2 Mio. EUR ist jedoch Voraussetzung für die Einleitung des Vergabeverfahrens.

Für die Leistungsphasen 3 und 4 rechnet Herr Dr. Raith mit einer Fördermittelzusage des Landes M-V. Das Gesamtvolumen beträgt ca. 40 bis 50 Mio. EUR, mit einer Zuschussförderung von 90 %.

Herr Dr. Raith bittet um Unterstützung der Bürgerschaft, damit diese Großansiedlung positiv abgeschlossen werden kann.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und möchte erfahren, wie die geplante Ansiedlung sich mit den bereits auf dem Standort ansässigen Unternehmen verhält.

Dazu merkt Herr Dr. Raith an, dass es sich in diesem Fall um bisher nicht verpachtete Flächen handelt. Die aktuell ansässigen Unternehmen hatten bisher die Möglichkeit sich zu erweitern. Laut Herrn Dr. Raith sollte es zu keinen Diskrepanzen der Unternehmen untereinander kommen. Selbstverständlich müssen die Transportwege freigehalten werden, insbesondere die Wege der ankommenden und ablegenden Schiffe. Synergien werden mit hoher Wahrscheinlichkeit mit dem professionellen großen Beschichter der Unternehmensgruppe Krebs entstehen, welcher auch für den Standort des Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft von Vorteil wäre.

Auf Nachfrage von Herrn Lange hinsichtlich des Schiffbaus in Stralsund stellt Herr Dr. Raith klar, dass einige Flächen für den kleineren Schiffbau freigehalten werden. Die Nachfrage nach kleineren Spezialschiffen (Behördenschiffen) „made in Germany“ ist gut, ebenso die Nachfrage des Sektionsbaus. Herr Dr. Raith glaubt nicht, dass es in Zukunft einen zweiten deutschen Kreuzfahrtschiffbauer oder Containerschiffbauer in Deutschland geben wird. Für die kleinen Behördenschiffe ist der momentane Platzbedarf auf dem Gelände ausreichend.

Frau Friesenhahn möchte erfahren, ob die Rohre auf dem Wasserweg transportiert werden und ob genügend Platz für die Lagerung an der Kaikante vorhanden ist. Herr Dr. Raith merkt dazu an, dass große Blechtafeln über den Wasserweg ankommen und am Seehafen umgeschlagen werden. Es sind große Lagerflächen bereits bei Ankunft nötig, da diese mittels gro-

ßen Schiffen ankommen. Entsprechend der Windparks werden diese wieder über dem Wasserweg abtransportiert.

Auf weitere Nachfrage von Frau Friesenhahn teilt Herr Dr. Raith mit, dass die Rohre auf den genannten Flächen zwischengelagert werden. Aufgrund der enormen Schwere der Rohre muss in die Traglast der Flächen immens investiert werden. Die Kalkanten sind für die Lasten nicht ausgelegt. Es sind Abstände einzuhalten bzw. muss teilweise eine Brückenkonstruktion erfolgen.

Auf Nachfrage von Herrn Philippen erläutert Herr Fürst die entsprechenden Förderungen der Investitionen. Er verweist auch auf die Pachteinnahmen, welche der Stadt dadurch zugutekommen würden. Herr Philippen rechnet mit einer höheren Investitionssumme weit über 50 Mio. EUR und bittet die Verwaltung wachsam zu sein auch im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage. Herr Philippen begrüßt die Ansiedlung.

Herr Grundke möchte in erster Linie erfahren, wieviel Industriearbeitsplätze geschaffen werden und die Summe der zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen. Herr Dr. Raith führt aus, dass mit 500 Industriearbeitsplätzen geplant wird sowie zusätzlichen ca. 100 Arbeitsplätzen bei Zulieferern. In Rostock wird in einem 3 bzw. 4 Schichtbetrieb gearbeitet.

Er merkt an, dass auf dem Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft mit der Ansiedlung eine Vollverpachtung vorliegen würde und schwarze Zahlen hinsichtlich der Verpachtung geschrieben werden könnten. Außerdem würden die hohen Zuschüsse der Stadt für die Standortnebenkosten entfallen.

Herr Fürst ergänzt hinsichtlich der Steuern, dass der Gemeindeanteil an der Lohnsteuer durch 500 Arbeitsplätze und die Gewerbesteuer steigen würden. Die Gewerbesteuer würde nach Anzahl der Arbeitsplätze aufgeteilt werden, d.h. ca. zwei Drittel würde die Hansestadt Rostock einnehmen und ca. ein Drittel die Hansestadt Stralsund.

Auf Nachfrage von Herrn Werner teilt Herr Dr. Raith mit, dass die Ansiedlung alle Flächen zwischen Ostseestaal und Südhafen betreffen. Das Gleis bleibt erhalten und wird weiterhin überfahrbar sein.

Herr Lange äußert seine Bedenken hinsichtlich der Ansiedlung. Er weist darauf hin, dass sich die bereits vorhandenen Unternehmen auf dem Gelände so nicht weiter entwickeln können.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Werksfeuerwehr - Diskussion mit Anhörung der Betroffenen

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Gäste Herrn Lembke von der Firma Kötter, sowie Herrn Prenzlau, Geschäftsführer der IG Metall Stralsund-Neubrandenburg. Herr Lange gibt einleitende Worte zur Thematik.

Herr Lembke äußert Bedenken hinsichtlich des Vorhabens der Verwaltung, die Werkfeuerwehr aufzulösen. Er nimmt Bezug zur geplanten Ansiedlung der EEW-Group und merkt an, dass ca. 600 Arbeitsplätze entstehen werden. Abgesehen vom Brandschutz gibt es auch einige Unfälle auf der Werft, welche mit Aufwuchs der Arbeitsplätze auf dem Gelände voraussichtlich noch steigen werden. Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben, die derzeit von der Firma Kötter übernommen werden (Feuerlöscher prüfen, Festmachen von Schiffen etc).

Er merkt an, dass Gespräche mit der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr aufgezeigt, dass diese bezüglich der Aufgabenübernahme auf der Werft ebenfalls Bedenken haben.

Herr Lembke gibt zum Hinweis, dass die Hilfsfristen (5 Minuten) von der Berufsfeuerwehr auf der Werft nicht eingehalten werden können.

Herr Lembke führt weiter aus, dass bis auf eine Werft in M-V alle über eine Werkfeuerwehr verfügen. An einigen Standorten wird sogar aufgerüstet.

Herr Prenzlau möchte erfahren, wie die Hansestadt Stralsund die Hilfsfristen einhalten will und wie generell der Arbeitsschutz auf der Werft abgesichert werden soll.

Herr Dr. Raith erklärt dazu, dass die Werkfeuerwehr beim Kauf des Geländes übernommen wurde, da die BImSchG-Genehmigung das Vorhalten dieser vorgesehen hat. Er betont, dass es sich um eine bauaufsichtliche Auflage handelt, aufgrund der großen Brandabschnitte auf der Werft.

Mit einem Brandschutzplaner wird nach einer Vorkonzeption derzeit das Brandschutzkonzept angepasst. Anschließend soll eine baurechtliche Änderung beantragt werden, um auf Grundlage des neuen Brandschutzkonzeptes die Werkfeuerwehr nicht mehr vorhalten zu müssen.

Laut Herrn Dr. Raith wird nicht nur das Brandschutzkonzept angepasst. Es werden ebenso Brandabschnitte auf der Werft verkleinert. Es sollen zwei bis drei brandlastfreie Zonen geschaffen werden. So entstehen vier Brandabschnitte, welche in Größenordnungen liegen, für die keine Werkfeuerwehr mehr benötigt wird. Des Weiteren wurde die Brandfrüherkennung ausgebaut. Bezüglich der hiesigen Berufsfeuerwehr ist Herrn Dr. Raith bewusst, dass Mehrarbeit hinzukommt. Er merkt jedoch an, dass dies bei Bebauungsplänen mit Gewerbegebieten ebenfalls der Fall ist.

Er verdeutlicht, dass die Standortnebenkosten gesenkt werden müssen und der Standort attraktiver für Neuansiedlungen gestaltet werden muss.

Auf Nachfrage von Herrn Philippen führt Herr Dr. Raith aus, dass Dienstleistungen nur befristet ausgeschrieben werden. Da sich der Prozess leider in die Länge zieht, wird der Vertrag stetig für 2 bis 3 Monate verlängert, um diesen nicht neu ausschreiben zu müssen. Er verdeutlicht, dass der Vertrag nicht gekündigt wird, sondern zu einem Zeitpunkt auslaufen wird.

Herr Lembke legt der Verwaltung nahe, sich mit der Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr in Verbindung zu setzen und Gespräche zu führen. Er merkt an, dass diese nicht mit den Örtlichkeiten vertraut sind und ebenso Technik angeschafft werden muss. Er verweist auf die vielen Einsätze auf dem Gelände, u.a. auf den Hochwasserschutz. Er wünscht sich mehr Kommunikation untereinander.

Herr Werner gibt zum Hinweis, dass die Problematik auf fachlicher Ebene, außerhalb dieses Gremiums geklärt werden muss. Er findet es dennoch gut, dass die Thematik im Ausschuss diskutiert wird.

Herr Lange stellt zur Frage, ob die aktuelle Berufsfeuerwehr die Mehrbelastung leisten kann oder ob gegebenenfalls diese aufgestockt werden muss. Des Weiteren verweist er auf die Anschaffung der Gerätschaften in Verbindung mit der aktuellen Haushaltssituation.

Herr Lange widerspricht Herrn Werner. Er ist der Ansicht, dass der Ausschuss Volkswerft für derartige Thematiken und Meinungsaustausche die richtige Plattform ist.

Herr Dr. Raith macht deutlich, dass aus Sicht der Stadt aktuell doppelte Strukturen vorhanden und diese auf Dauer nicht finanzierbar sind. Weiterhin sind die ansässigen Unternehmen nicht so groß, dass diese eine eigene Werkfeuerwehr benötigen. Sollte es zu Unfallhäufungen oder ähnlichem zu gewissen Zeiten kommen, sodass die Berufsfeuerwehr mit dem aktuellen Personalbestand dies nicht leisten kann, wird es gewiss eine Prüfung geben und ggf. Anpassungen erfolgen.

Herr Lembke verweist auf die Sicherheitsmaßnahmen und Dienstleistungen auf dem Gelände, welche weitergeführt werden müssen. Er stellt infrage, ob eine derart hohe Einsparung seitens der Hansestadt Stralsund tatsächlich durch die Abschaffung der Werkfeuerwehr erfolgt. Dazu entgegnet Herr Dr. Raith, dass, falls es zu einer Großansiedlung kommen wird, der Pächter diese Dienstleistungen übernehmen wird bzw. es auch möglich ist, dass der Pächter diese erneut an Kötter Service vergibt.

Herr Lembke gibt erneut zum Hinweis, dass die Werkfeuerwehr die Berufsfeuerwehr auch außerhalb des Geländes unterstützen könnte und weitere Dienstleistungen übernehmen würde. Auch verweist er auf die Freiwillige Feuerwehr und deren Mehrbelastung ihres Ehrenamtes.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Strela Shiprepair GmbH - Aktueller Sachstand der Unternehmensentwicklung und Zukunftsperspektiven

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Gäste Herrn Lembke von der Firma Kötter, sowie Herrn Prenzlau, Geschäftsführer der IG Metall Stralsund-Neubrandenburg. Herr Lange gibt einleitende Worte zur Thematik.

Herr Lembke äußert Bedenken hinsichtlich des Vorhabens der Verwaltung, die Werkfeuerwehr aufzulösen. Er nimmt Bezug zur geplanten Ansiedlung der EEW-Group und merkt an, dass ca. 600 Arbeitsplätze entstehen werden. Abgesehen vom Brandschutz gibt es auch einige Unfälle auf der Werft, welche mit Aufwuchs der Arbeitsplätze auf dem Gelände voraussichtlich noch steigen werden. Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben, die derzeit von der Firma Kötter übernommen werden (Feuerlöscher prüfen, Festmachen von Schiffen etc).

Er merkt an, dass Gespräche mit der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr aufzeigten, dass diese bezüglich der Aufgabenübernahme auf der Werft ebenfalls Bedenken haben.

Herr Lembke gibt zum Hinweis, dass die Hilfsfristen (5 Minuten) von der Berufsfeuerwehr auf der Werft nicht eingehalten werden können.

Herr Lembke führt weiter aus, dass bis auf eine Werft in M-V alle über eine Werkfeuerwehr verfügen. An einigen Standorten wird sogar aufgerüstet.

Herr Prenzlau möchte erfahren, wie die Hansestadt Stralsund die Hilfsfristen einhalten will und wie generell der Arbeitsschutz auf der Werft abgesichert werden soll.

Herr Dr. Raith erklärt dazu, dass die Werkfeuerwehr beim Kauf des Geländes übernommen wurde, da die BImSchG-Genehmigung das Vorhalten dieser vorgesehen hat. Er betont, dass es sich um eine bauaufsichtliche Auflage handelt, aufgrund der großen Brandabschnitte auf der Werft.

Mit einem Brandschutzplaner wird nach einer Vorkonzeption derzeit das Brandschutzkonzept angepasst. Anschließend soll eine baurechtliche Änderung beantragt werden, um auf Grundlage des neuen Brandschutzkonzeptes die Werkfeuerwehr nicht mehr vorhalten zu müssen.

Laut Herrn Dr. Raith wird nicht nur das Brandschutzkonzept angepasst. Es werden ebenso Brandabschnitte auf der Werft verkleinert. Es sollen zwei bis drei brandlastfreie Zonen geschaffen werden. So entstehen vier Brandabschnitte, welche in Größenordnungen liegen, für die keine Werkfeuerwehr mehr benötigt wird. Des Weiteren wurde die Brandfrüherkennung ausgebaut. Bezüglich der hiesigen Berufsfeuerwehr ist Herrn Dr. Raith bewusst, dass Mehrarbeit hinzukommt. Er merkt jedoch an, dass dies bei Bebauungsplänen mit Gewerbegebieten ebenfalls der Fall ist.

Er verdeutlicht, dass die Standortnebenkosten gesenkt werden müssen und der Standort attraktiver für Neuansiedlungen gestaltet werden muss.

Auf Nachfrage von Herrn Philippen führt Herr Dr. Raith aus, dass Dienstleistungen nur befristet ausgeschrieben werden. Da sich der Prozess leider in die Länge zieht, wird der Vertrag stetig für 2 bis 3 Monate verlängert, um diesen nicht neu ausschreiben zu müssen. Er verdeutlicht, dass der Vertrag nicht gekündigt wird, sondern zu einem Zeitpunkt auslaufen wird.

Herr Lembke legt der Verwaltung nahe, sich mit der Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr in Verbindung zu setzen und Gespräche zu führen. Er merkt an, dass diese nicht mit den Örtlichkeiten vertraut sind und ebenso Technik angeschafft werden muss. Er verweist auf die vielen Einsätze auf dem Gelände, u.a. auf den Hochwasserschutz. Er wünscht sich mehr Kommunikation untereinander.

Herr Werner gibt zum Hinweis, dass die Problematik auf fachlicher Ebene, außerhalb dieses Gremiums geklärt werden muss. Er findet es dennoch gut, dass die Thematik im Ausschuss diskutiert wird.

Herr Lange stellt zur Frage, ob die aktuelle Berufsfeuerwehr die Mehrbelastung leisten kann oder ob gegebenenfalls diese aufgestockt werden muss. Des Weiteren verweist er auf die Anschaffung der Gerätschaften in Verbindung mit der aktuellen Haushaltssituation.

Herr Lange widerspricht Herrn Werner. Er ist der Ansicht, dass der Ausschuss Volkswerft für derartige Thematiken und Meinungsaustausche die richtige Plattform ist.

Herr Dr. Raith macht deutlich, dass aus Sicht der Stadt aktuell doppelte Strukturen vorhanden und diese auf Dauer nicht finanzierbar sind. Weiterhin sind die ansässigen Unternehmen nicht so groß, dass diese eine eigene Werkfeuerwehr benötigen. Sollte es zu Unfallhäufungen oder ähnlichem zu gewissen Zeiten kommen, sodass die Berufsfeuerwehr mit dem aktuellen Personalbestand dies nicht leisten kann, wird es gewiss eine Prüfung geben und ggf. Anpassungen erfolgen.

Herr Lembke verweist auf die Sicherheitsmaßnahmen und Dienstleistungen auf dem Gelände, welche weitergeführt werden müssen. Er stellt infrage, ob eine derart hohe Einsparung seitens der Hansestadt Stralsund tatsächlich durch die Abschaffung der Werkfeuerwehr erfolgt. Dazu entgegnet Herr Dr. Raith, dass, falls es zu einer Großansiedlung kommen wird, der Pächter diese Dienstleistungen übernehmen wird bzw. es auch möglich ist, dass der Pächter diese erneut an Kötter Service vergibt.

Herr Lembke gibt erneut zum Hinweis, dass die Werkfeuerwehr die Berufsfeuerwehr auch außerhalb des Geländes unterstützen könnte und weitere Dienstleistungen übernehmen würde. Auch verweist er auf die Freiwillige Feuerwehr und deren Mehrbelastung ihres Ehrenamtes.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.4 Ostseestaal GmbH & Co. KG - Aktueller Sachstand der Unternehmensentwicklung und Zukunftsperspektiven

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Dr. Kühmstedt und bittet aufgrund der aktuellen Ereignisse um kurze Stellungnahme zur geplanten Ansiedlung von EEW.

Herr Dr. Kühmstedt geht auf die Geschichte der Volkswerft in Stralsund ein. Ostseestaal hat sich in der Vergangenheit breit aufgestellt, um unabhängig von einer Branche zu sein. Er geht auf die einzelnen Schiffbaubranchen ein, auf welche sich Ostseestaal spezialisiert hat und auf weitere Aufträge in den Branchen wie Architektur, Formenbau für Faserverbundformteile, Luft- und Raumfahrt, Elektroboote etc.

Er merkt an, dass sich Ekato aufgrund der Zusammenarbeit mit Ostseestaal angesiedelt hat.

Er teilt mit, dass auf dem Maritimen Industrie und Gewerbepark Volkswerft die Halle 205 langfristig für den Aufbau der Industrieproduktion gepachtet wurde. In den vergangenen anderthalb Jahren wurde in Zusammenarbeit mit Leviathan und Strela Ship Repair ein weiterer Hallenkomplex gepachtet. Dort wurden die Vorschiffe für die englischen Fregatten gebaut.

Der Fokus liegt zukünftig auf den Hallen 271/272. Hier sollen Sektionen von Schiffen gebaut werden.

Herr Dr. Kühmstedt teilt mit, dass die Halle 290 vorerst für Ostseestaal nicht interessant ist. Er spricht sich jedoch für den Schiffsbau in der Halle 140 aus.

Herr Philippen möchte erfahren, wie er zu der Werkfeuerwehr steht und bittet um kurze Stellungnahme zur geplanten Ansiedlung von EEW.

Hinsichtlich der Werkfeuerwehr teilt Herr Dr. Kühmstedt mit, dass eine Brandgefahr bei den aktuellen Projekten kein großes Thema ist.

Bezüglich der Ansiedlung von EEW merkt er an, dass die zwei Seiten der Medaille zu betrachten sind. Je mehr Pächter auf dem Gelände sind, desto günstiger werden die Fixkosten für jeden einzelnen.

Er verweist jedoch auch auf die Aussage von Herrn Tebbe-Simmendinger. Er sieht ebenfalls Behinderungen zwischen Strela Ship Repair und EEW hinsichtlich der Transportwege und bei der Benutzung des Schiffslifts. Für das Unternehmen Ostseestaal hat die Ansiedlung vorerst keine negativen Auswirkungen. Er merkt jedoch an, dass eine Erweiterung von Ostseestaal mit der Ansiedlung von EEW ausgeschlossen wäre. Er befürwortet ausdrücklich das Konzept der Stadt hinsichtlich der Entstehung eines Maritimen Industrie- und Gewerbeparks. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Vielfalt auf diesem Gelände erhalten bleibt.

Herr Philippen plädiert dafür, mehr untereinander zu kommunizieren und gemeinsam Kompromisse zu finden.

Herr Dr. Raith merkt an, dass Flächen für den Schiffbau zurückgehalten werden und rings um die Werft an der Vielfalt festgehalten wird.

Er verdeutlicht, dass für eine Kompaktwerft aktuell kein Interesse am Markt vorhanden ist. Die Verwaltung hat auf der Schiffbaumesse mit allen großen Unternehmen gesprochen. Es stehen lediglich Projekte für Kooperationen im Raum.

Laut Herrn Dr. Raith wurden lediglich Projektbauten in der Halle 290 für das nächste halbe Jahr angenommen, um die Fixkosten der Stadt zu decken. Er betont, dass das Gelände mit Projektgeschäften auf Dauer nicht finanzierbar ist. Es wird dringend ein Unternehmen mit Vollausslastung der Halle benötigt, welches die Instandhaltungskosten und vor allem die Bewirtschaftungskosten der großen Halle übernimmt.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen.

zu 5 Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass Herr Hiertz von der Firma Leviathan ebenfalls heute anwesend ist und stellt das Rederecht für ihn zur Abstimmung. Das Rederecht für Herrn Hiertz wird einstimmig erteilt.

Herr Hiertz führt aus, dass auch nach 2 Jahren noch keine Genehmigung für den Standort in Stralsund vorliegt. Er berichtet von dem heutigen Termin im Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt in Stralsund. Aufgrund Personalveränderungen ist er gegenwärtig positiv gestimmt, dass in den nächsten 6 bis 7 Monaten der Genehmigungsbescheid für Leviathan erteilt wird. Auch Leviathan hatte perspektivisch vorgesehen die Halle 290 zu nutzen. Die Firma plant auf lange Sicht gesehen ebenso mit ca. 300-350 Mitarbeitern sowie mit einer Investitionssumme von 70 bis 90 Millionen EUR, so Herr Hiertz. Er macht deutlich, dass es der Bürokratie geschuldet ist, dass bei Leviathan am Standort in Stralsund noch nicht viel geschehen ist.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sebastian Lange
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung